

Deutschland neu denken.

Was ist eigentlich Integration?

Hubertus Schröder

Deutschland verändert sich. Aber wie und in welcher Richtung? Wie soll unser Land künftig aussehen? Wie wollen wir zusammen leben? Und: Wie können wir diesen Prozess aktiv gestalten? Das sind Fragen, die seit einiger Zeit den gesellschaftlichen Diskurs neu bestimmen. Dazu im Folgenden einige Überlegungen und erste Anregungen. Befriedigende Antworten jetzt schon geben zu wollen, erscheint vermessen.

Das große Willkommen – reicht das?

Wir alle haben die Bilder vor Augen, die das Willkommen der Flüchtlinge in den ersten Wochen bestimmt haben. Eine herzliche Begrüßung, die Unterbringung, Versorgung, Einkleidung und Betreuung haben nach innen und außen einen freundlichen Eindruck hinterlassen. In beispiellosem Engagement hat sich die Zivilgesellschaft vielfach eigenständig organisiert, hat staatliche und kommunale Engpässe kompensiert. In geradezu euphorischem Enthusiasmus waren die Beteiligten von sich selbst und ihren Erfolgen berauscht. Es herrschte eine phantastische Willkommensstimmung.

Aber eben nur eine Stimmung. Das, was viele für die schon länger beschworene Willkommens- oder gar Anerkennungskultur gehalten haben, ist noch keine gesellschaftliche Haltung geworden. Die Stimmung kippt, die politischen Kontroversen werden härter, populistische Parteien und rassistische Bewegungen erhalten Zulauf. Es wird deutlich: Das große, emotionale Willkommen reicht nicht. Es braucht langfristige und nachhaltige Veränderungen. Es braucht dafür geeignete gesellschaftliche Diskurse und Strategien, die die Herausforderungen durch Flucht, Vertreibung und Einwanderung bestehen helfen. Kurz: Das zielt auf die Integration derer, die neu gekommen sind. Das heißt harte Kärnerarbeit, der Karren will und muss bewegt werden. Das bedeutet Veränderung, die Bundesrepublik Deutschland wird ein anderes Gesicht haben. Das erfordert Verzicht, eine wirkungsvolle Integration wird Milliarden kosten.

Integration – was bedeutet das?

Es geht um Teilhabechancen und Teilnahmemöglichkeiten. Es geht um Spracherwerb, um Aus- und Weiterbildung. Es geht um Zugang zu Bildung, Arbeiten, Wohnen, Gesundheit, Kultur. Es geht um Zugehörigkeit. Reicht dafür noch unsere herkömmliche Vorstellung von Integration? Integration leitet sich ja von „integrare“ ab, bedeutet also einbeziehen, eingliedern, wiederherstellen. Eine lauter werdende Kritik richtet sich gegen das weithin vertretene Verständnis von Integration als einseitige Anpassungsleistung, gegen die damit verbundene Wir-Ihr-Polarisierung und die dadurch erfolgte Konstruktion von Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit, von Einheimischen und den Anderen, den Fremden.

Der Behindertenbewegung verdanken wir den aktuellen Diskurs um Inklusion als Menschenrecht. Abgeleitet von „includere“ geht es um einbezogen sein, um eingeschlossen

sein, um dazu gehören. Die Inklusionsperspektive zielt also auf gesellschaftliche Zugehörigkeit von Anfang an. Sie fordert dazu auf, rechtliche und organisatorische Verhältnisse so zu verändern, dass sich Institutionen an die Fähigkeiten der Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Dafür sind institutionelle Inklusionsvoraussetzungen und individuelle Förderprogramme zu verbinden. Inklusion kann als eine neue Haltung verstanden werden, die alle Formen von Benachteiligung aufgreift, die alle Aspekte von Diversität umfasst, die Vielfalt als Normalität begreift, der es um die Strukturen von Organisationen und deren Zugangbarrieren geht und die letztlich einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel anstrebt.

Gemeinsamer Fokus der integrations- wie inklusionsorientierten Ansätze ist die Frage nach der Stellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der sozialen Verteilungsstruktur, also ihren Zugängen zu den Funktionssystemen der Gesellschaft. Insoweit sind Integration und Inklusion gleich zu setzen. Unterschiede bestehen in den normativen Prämissen, in unterschiedlichen Haltungen als Ausgangslage: Integration setzt auf Eingliederung, erwartet Angleichung und Anpassung. Inklusion geht von der Zugehörigkeit aller aus und zwar von Anfang an. Integration formuliert eine Erwartung der Gesellschaft an Eingewanderte, fordert ein aktives Tun, versteht Eingliederung als eine „Bringschuld“ der Menschen mit Migrationshintergrund. Inklusion geht von der Erwartung der Menschen an die Gesellschaft aus, alles dafür zu tun, dass ihr Einschluss gewährleistet ist, beschreibt also die Unterstützung von Zugehörigkeit als eine Art „Bringschuld“ der Gesellschaft. Insoweit eröffnet Integration zwar die Möglichkeit der Teilhabe an den gesellschaftlichen Funktionssystemen, aber eher als abstrakte Teilhabechance. Inklusion dagegen setzt auf die konkrete Wahrnehmung von Teilnahme, indem sie etwa durch Empowerment Teilnahmefähigkeit ermöglicht.

Deutsche Gesellschaft – wie entwickelt sie sich weiter?

Die Globalisierung verändert alle Gesellschaften. Globalisierung bedeutet weltweite Arbeitsteilung, Kontinente übergreifender Wirtschaftsaustausch, das Ausnützen unterschiedlicher Produktions-, Sozial- oder Steuersysteme. Der reiche Teil der Welt profitiert dabei auf Kosten der ärmeren Länder: durch die gezielte Ausbeutung der jeweils billigsten Ware Arbeitskraft, durch Zerstörung sozialer, kultureller und ökologischer Systeme, durch Beschleunigung des Klimawandels, durch kriegerische Auseinandersetzungen sowohl als Folge kolonial gesetzter willkürlicher Grenzziehungen wie als Kampf um wertvolle Ressourcen. Das sind wesentliche Ursachen für weltweite Wanderungsbewegungen. Menschen machen sich auf den Weg – auf der Flucht vor Bürgerkriegen und Terrorsystemen, ökologischen Katastrophen, unzureichenden Arbeitsmöglichkeiten und damit fehlenden Zukunftsperspektiven.

Die aktuellen Völkerwanderungen sind also Folge dieser Prozesse, werden sich noch lange Zeit hinziehen und fordern einen Perspektivenwechsel: Nicht mehr das An-Kommen, die Zuwanderung sowie die mögliche und erhoffte Rückkehr sollten Fokus der Überlegungen für Integration bleiben. Ausgangspunkt werden künftig das Hier-Sein und das wahrscheinliche Bleiben für eine Inklusionsperspektive der Gewährleistung von Zugehörigkeit sein. Eine

andere, neue Gesellschaft zeichnet sich ab, mit Konsequenzen für die rechtlichen Rahmenbedingungen, für die gesellschaftlichen Institutionen, für deren Struktur und insgesamt für unsere Kultur. Das birgt Chancen, verursacht aber natürlich auch Ängste.

In Gefahr sehen viele ihre nationale Identität. Um uns herum wollen Ungarn ethnisch homogene Ungarn bleiben und bauen einen Zaun. Slowaken wollen christlich bleiben und deshalb nur christliche Flüchtlinge aufnehmen. Und Deutschland? Diskutiert wieder über Leitkultur. Aber es gibt deutliche Unterschiede zur Debatte der 1990er Jahre. Zum einen versuchen Vertreter eher progressiver Positionen diesmal, offensiv den Begriff selbst zu besetzen. Zum anderen insistieren eher konservative Kräfte nicht mehr so sehr auf einer „deutschen“ Leitkultur. Wenn man diesem Diskurs ein dynamisches Kulturverständnis zugrunde legt, wonach Kultur ein Orientierungssystem ist, das unser Wahrnehmen, Bewerten und Handeln steuert, wie der Erziehungswissenschaftler Georg Auernheimer vorschlägt, bietet so verstanden Kultur die Grundlagen für Konzepte der Alltagsbewältigung. Kultur dient der Orientierung, stellt die Spielregeln einer Gesellschaft dar und ändert sich mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

Das ist der entscheidende Punkt: Die Leitkultur-Auseinandersetzung der vergangenen Jahre war von einem statischen Kulturverständnis geprägt. Sie wollte vermeintlich deutsche und unveränderbare Werte konservieren, hatte häufig nicht mehr als Sekundärtugenden zu bieten und endete im Nichts. Wenn die aktuelle Diskussion, die besser als Entwicklung einer „Leitorientierung“ firmieren sollte, nicht wieder auf Anpassung beziehungsweise Ausgrenzung zielt, sondern auf Zugehörigkeit und die Verwirklichung republikanischer Werte des Grundgesetzes, dann wäre das eine gemeinsame Aufgabe aller in dieser Gesellschaft. Und das hätte eine neue Gesellschaft zum Ergebnis. Das könnte bedeuten, Deutschland neu zu denken.

In einem solchen Diskurs sollte es gelingen, die Ängste vor einem Identitätsverlust zu überwinden, weil ein neues, gemeinsames Orientierungssystem, eine neue Identität aller die Folge sein könnte. Die Furcht vor dem Fremden hat ja zu tun mit der Unsicherheit über das Eigene: Wo komme ich her? Wer bin ich? Wo will ich hin? Die Angst vor dem Islam verdeutlicht ja nur die Schwäche des Christentums. Die Betonung des Nationalen kompensiert letztlich nur den Bedeutungsverlust eines kulturellen Selbstverständnisses, das sich an sozialer Wertschätzung und gesellschaftlicher Anerkennung orientiert. Wir müssen Grundlagen schaffen für eine neue, reflexive, postnationale und postmigrantische Identität.

Neue Narrative – wie könnten die Erzählungen lauten?

Ein Narrativ kann als gesellschaftliches Konzept bezeichnet werden, als eine Konstruktion der kollektiven Identität, die sich in einer Erzählung bündelt. Ein verhängnisvolles Narrativ, das bis in die 2000er Jahre die deutsche Politik geprägt hat, war die Erzählung, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Mit der Anerkennung der unumkehrbaren Einwanderung, insbesondere unter dem Eindruck der aktuellen großen Wanderung, braucht es eine neue Verständigung. Dafür wird in einem beginnenden Diskurs die Bezeichnung „postmigrantische Gesellschaft“ vorgeschlagen. Das Präfix „post“ steht dabei nicht, wie die Berliner Migrationsforscherin Naika Foroutan betont, für das Ende der Migration. Es beschreibt gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die nach der erfolgten Migration notwendig

werden. Wesentlich für diese Aushandlungsprozesse wird es sein anzuerkennen, dass sich die politische Kultur, die gesellschaftlichen Institutionen und die Struktur ihrer Organisation verändern müssen, um Ausgrenzungen und Barrieren abzubauen und Teilhabe und Teilnahme zu ermöglichen. Dafür ist die Strategie der interkulturellen Orientierung und Öffnung entwickelt worden, das sind die Ziele von Integration und Inklusion. Wichtig für einen solchen Erkenntnisprozess dürfte die Erinnerung daran sein, dass Deutschland schon immer Ein- und Auswanderungsland gewesen ist. Neben der großen und langjährigen Emigration in die Länder der neuen Welt im 19. Jahrhundert und der Flucht vieler Deutscher wegen politischer Verfolgung oder drohender Gefahr für Leib und Leben ist an die Immigration zu erinnern, ohne die unser Land nicht wäre, was es geworden ist: Die Einwanderung zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, die Masseneinwanderung der Weltkriegsflüchtlinge und Vertriebenen, die Gastarbeiter-Anwerbung seit den 1950er Jahren, die Aussiedler aus dem Osten und jetzt die weltweiten Flüchtlingsbewegungen.

Ein solcher Prozess zur Neuschaffung von Zugehörigkeit und Identifikation wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Fliehkräfte einer immer heterogener werdenden Gesellschaft einzubinden und die damit verbundenen Ängste einzuhegen. Dafür braucht es eine neue Erzählung, eine sinnstiftende und Gemeinschaft fördernde Idee. Vor Jahren hat der Philosoph Jürgen Habermas dafür den „Verfassungspatriotismus“ vorgeschlagen, dessen hohe Abstraktheit aber eine emotionale Verankerung wohl verhindert hat. Aktuell wird angeregt, eine Leitbildkommission einzusetzen und Leitbilder für die Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln. Eine solche Neu-Orientierung sollte die postmigrantische Vielfalt der Gesellschaft aufgreifen, sollte Migration zum zentralen Punkt der öffentlichen Diskussion machen und daraus die notwendigen Handlungs- und Gestaltungsaufgaben ableiten. Es gilt, wie der Rat für Migration fordert, das Selbstverständnis einer postmigrantischen Gesellschaft und eine entsprechende Identität zu verankern. Unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens könnten im Dialog mit Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür Grundlagen schaffen.

Der Bundespräsident hat die Ausrichtung für eine zeitgemäße nationale Identität angedeutet, als er vom „neuen deutschen Wir“ gesprochen und „die Einheit der Verschiedenen“ beschworen hat. Damit wird Migration, wird das migrantische Element zu einem konstitutiven Bestandteil der deutschen Geschichte und damit der eigenen Identität. Die gemeinsame Organisation des neuen Deutschland durch die alten und neuen Deutschen könnte ein künftiges nationales Narrativ sein: Heimat für Vielfalt. Auch die Bundeskanzlerin hat mit ihrem Postulat „Wir schaffen das!“ nicht nur eine halbwegs humanitäre Versorgung der Flüchtlinge gemeint. Ihre selbstbewusste Feststellung zielt auf eine langfristige Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens in einer veränderten, ethnisch und kulturell vielfältigen Gesellschaft.

Diese Erzählung mit zu erzählen, diese neue Identität mit zu begründen, diesen Aushandlungsprozess mit zu gestalten, ist die Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte. Jede und jeder trägt Verantwortung in seinem Aufgabenbereich. Unsere Arbeitsfelder und gesellschaftlichen Einwirkungsmöglichkeiten sind die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit, die gesamte Kinder- und Jugendhilfe. Mit dieser großen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe

könnte der eigenständige Bildungsauftrag der Jugendhilfe eine völlig neue Bedeutung bekommen. In einer Pädagogik der Vielfalt ist schon vieles formuliert und umgesetzt worden. Damit tragen wir als Verantwortliche der Jugendhilfe bei zum neuen identitätsstiftenden Narrativ: Deutschland – eine Gesellschaft der Anerkennung von Gleichheit und Verschiedenheit, in der aus Menschen mit Migrationshintergrund Bürgerinnen und Bürger geworden sind.